

KERSTIN TACK
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
SPRECHERIN DER ARBEITSGRUPPE
ARBEIT UND SOZIALES



RAINER SPIERING
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
SPRECHER DER ARBEITSGRUPPE
ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT

URSULA SCHULTE
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
STELLV. SPRECHERIN DER ARBEITSGRUPPE
ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT

SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

An die
Mitglieder der
SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 30. November 2018

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Stärkung der Chancen für Qualifizierung und für mehr Schutz in der Arbeitslosenversicherung ist auch die Verpflichtung zur Hofabgabe als Anspruchsvoraussetzung für den Bezug einer Altersrente für Landwirte entfallen. Damit ist gelungen, was sich die SPD-Bundestagsfraktion schon lange auf ihre Fahnen geschrieben hat: Landwirte bekommen nun ohne die zusätzliche Hürde der Hofabgabe ihre wohlverdiente Rente.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat mit seiner am 9. August 2018 veröffentlichten Entscheidung, die Hofabgabeverpflichtung als nicht mit dem Grundgesetz vereinbar und für unanwendbar erklärt. Damit hat das BVerfG die grundsätzliche Position der SPD-Bundestagsfraktion bestätigt, die Hofabgabeklausel abzuschaffen. Der Koalitionspartner hat nach langer, interner Diskussion der Abschaffung der Hofabgabeklausel ebenfalls zugestimmt.

Um dem Auftrag des BVerfG gerecht zu werden, wurde die Änderung des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte an das Gesetz zur Stärkung der Chancen für Qualifizierung und für mehr Schutz in der Arbeitslosenversicherung angehängt. Die Entscheidung zur Abschaffung der Hofabgabeverpflichtung führt nun auch zu einer rechtssicheren Bewilligungsgrundlage für die zurzeit nur vorläufig bewilligten Rentenbescheide. Denn aufgrund der Entscheidung des BVerfG war unklar, ob und wie der Rentenversicherungsträger, die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG), die Rentenansprüche behandeln soll. Die SVLFG kann nun die vorläufig beschiedenen Rentenansprüche endgültig bewilligen.

Bei aller Freude für die älteren Landwirte bleiben auch die Junglandwirte im Blick. Wir wollen unter anderem prüfen, wie zusätzliche regionale Förderungen für Junglandwirte verankert werden können. Dazu bietet sich beispielsweise die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) an. So sehen die Vorschläge der Europäischen Kommission für dieses Ziel bereits Möglichkeiten vor. Diese gilt es im Interesse der jungen Landwirte weiterzuentwickeln. Dabei setzt die SPD-Bundestagsfraktion auf eine stärker regional ausgerichtete Förderung.



Die Abschaffung der Hofabgabeklausel führt zu finanziellen Folgen in der Alterssicherung der Landwirte (ADL) und in der Landwirtschaftlichen Krankenversicherung. In Folge der gesetzlichen Defizitdeckung der ADL-Ausgaben hat der Bund die Mehrausgaben für zusätzliche Renten, die bislang wegen fehlender Hofabgabe nicht bewilligt wurden und Mindereinnahmen durch einen Rückgang an Beitragszahlern, zu tragen.

Im Entschließungsantrag [19(11)228neu]] haben sich die Koalitionsfraktionen darauf verständigt,

- auf der Basis eines Evaluationsberichts geeignete Maßnahmen zur langfristigen Stabilisierung des agrarsozialen Sicherungssystems zu ergreifen
- die Mehrbelastung der Solidargemeinschaft der versicherten Landwirte in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung zu prüfen und ggfls. aufzufangen,
- den gesetzlichen Rahmen zu schaffen, die SVLFG als Akteur im ländlichen Raum zu entwickeln,
- zu prüfen, wie zusätzliche regionale Verbesserungen für Junglandwirte verankert werden können.
- den Fachausschüssen bis zum Ende der 19. Legislaturperiode ein Evaluationsbericht über die landwirtschaftliche Sozialversicherung sowie über die ggfls. notwendige Weiterentwicklung vorzulegen.

Die Abschaffung der Hofabgabeverpflichtung ist ein Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit in der Landwirtschaft. Landwirte, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, können nun ohne ‚Wenn und Aber‘ in den verdienten Ruhestand gehen. Das ist ein Erfolg der SPD-Bundestagsfraktion.

Mit freundlichen Grüßen

Kerstin Tack, MdB

Rainer Spiering, MdB

Ursula Schulte, MdB